

**JLU**

NEUE WEGE. SEIT 1607.

JUSTUS-LIEBIG-  
UNIVERSITÄT  
GIESSEN

PROFESSUR FÜR KRIMINOLOGIE | PROF. DR. BRITTA BANNENBERG

# ERGEBNISSE DER KOMPASS- BÜRGERBEFRAGUNG 2022 IN FLÖRSHEIM AM MAIN

© 2022 Professur für Kriminologie (Prof. Dr. Britta Bannenberg), JLU Gießen  
Licher Straße 64, 35394 Gießen  
Telefon: (0641) 99 215 71  
E-Mail: sekretariat.bannenberg@recht.uni-giessen.de  
<https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg>

Das vorliegende Werk inklusive aller Tabellen und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich zugelassenen Fälle ist ohne die schriftliche Einwilligung der Professur für Kriminologie (Prof. Dr. Britta Bannenberg) unzulässig und strafbar. Weder das Werk noch Teile davon dürfen ohne entsprechende Einwilligung anderweitig veröffentlicht werden.

Umschlagabbildung © Andreas Breitling | pixabay

JUSTUS-LIEBIG-

Fachbereich Rechtswissenschaft



UNIVERSITÄT  
GIESSEN



**Professur für Kriminologie**

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Tim Pfeiffer

**Ergebnisse der**  
**Bürgerbefragung in Flörsheim am Main**  
**im Rahmen der Initiative KOMPASS**

**Unter Mitarbeit von:**

Kim Jana Bechtum

Jasmin Fleischer

## Übersicht

<b>1. Zielsetzung</b>	<b>1</b>
<b>2. Ablauf der Befragung</b>	<b>2</b>
<b>3. Stichprobenbeschreibung</b>	<b>6</b>
<b>4. Zentrale Ergebnisse der Bürgerbefragung in Flörsheim</b>	<b>10</b>
<b>4.1. Sicherheitsgefühl &amp; Kriminalitätsfurcht</b>	<b>10</b>
4.1.1. Affektive Kriminalitätsfurcht	11
4.1.2. Kognitive Kriminalitätsfurcht	12
4.1.3. Konative Kriminalitätsfurcht	14
<b>4.2. Wahrnehmung von Angstorten</b>	<b>16</b>
<b>4.3. Erfahrungen mit Abwertung, Ausgrenzung oder Diskriminierung</b>	<b>22</b>
<b>4.4. Incivilities</b>	<b>23</b>
<b>5. Ausblick auf das weitere Vorgehen im Rahmen von KOMPASS</b>	<b>28</b>
Literaturverzeichnis	32

## 1. Zielsetzung

Seit Oktober 2020 nimmt die Stadt Flörsheim an der Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ (Kommunalprogramm Sicherheitsiegel) teil. Hierbei handelt es sich um ein Projekt des hessischen Innenministeriums (HMdIS), das darauf abzielt, Kriminalität und Unsicherheitsgefühle in hessischen Städten und Kommunen einzudämmen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in den teilnehmenden Städten und Gemeinden zunächst eine detaillierte Sicherheitsanalyse durchgeführt. Anschließend sollen auf dieser Grundlage passgenaue kriminalpräventive Strategien erarbeitet und umgesetzt werden. Der Leitgedanke des Vorhabens ist, dass Sicherheit als gemeinsame Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune zu verstehen ist: Durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und enge Vernetzung der einzelnen Akteure soll eine Bündelung der jeweiligen Kompetenzen im Bereich der Kriminalprävention erreicht werden.

Im Rahmen von KOMPASS kommt den Bürgerbefragungen entscheidende Bedeutung zu. Um möglichst passgenaue und an den konkreten Problemen vor Ort orientierte individuelle und evidenzbasierte Maßnahmen implementieren zu können, bedarf es zunächst der Identifizierung von Problemlagen und -orten. Dabei dient die Sicherheitsbefragung u.a. dazu, die polizeilichen Daten [z.B. in Form der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)] sowie die der Kommunen zu ergänzen, um ein verlässliches, der Realität angenähertes Kriminalitätslagebild erstellen zu können. Bei den Befragungen selbst liegt ein besonderer Fokus auf dem subjektiven Sicherheitsempfinden, um u.a. sogenannte „Angstorte“ innerhalb der Kommune zu lokalisieren und sodann durch entsprechende Maßnahmen sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit sowie (damit einhergehend) die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass sich bestimmte Ängste nicht immer in den Hellfelddaten zur Kriminalität widerspiegeln mögen. Gleichwohl sollten die Empfindungen unbedingt ernstgenommen werden.

Die vorliegenden Ausführungen fassen die zentralen Ergebnisse der Bürgerbefragung in Flörsheim zusammen. Für die weiteren, praktischen Schritte im Zuständigkeitsbereich der an KOMPASS beteiligten Akteure wurde der Stadt darüber hinaus ein umfassenderes Arbeitspapier zur Verfügung gestellt, das als Grundlage für die weiteren Schritte im Rahmen von KOMPASS (siehe Kap. 5) dienen soll.

## 2. Ablauf der Befragung

Da die Erfassung der Sorgen und Ängste der Bevölkerung (Stichwort „Sicherheitsgefühl“) eine tragende Säule bei der Schaffung passgenauer Lösungsangebote im Rahmen von KOMPASS bildet,<sup>1</sup> wurde die Wahl der Methodik maßgeblich von der Motivation geprägt, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, an der Erhebung mitzuwirken. Weil aber eine Vollerhebung – also die Befragung jeder einzelnen Person der Grundgesamtheit<sup>2</sup> – speziell bei großen Populationen nicht nur sämtliche Ressourcen sprengt, sondern darüber hinaus auch kein notwendiges Kriterium zur Gewinnung generalisierbarer Aussagen über die Grundgesamtheit darstellt,<sup>3</sup> wurde bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Verfahren der Stichprobenziehung zurückgegriffen. Schließlich genügt die Ziehung einer bestimmten Menge von Personen, damit

„[...] aus Ergebnissen einer Stichprobe in Bezug auf die Verteilung aller Merkmale (innerhalb bestimmter statistischer Fehlergrenzen) auf die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann.“<sup>4</sup>

Die alles entscheidende Voraussetzung für eine Stichprobe im Hinblick auf das soeben angesprochene Ziel der „Repräsentativität“ besteht in der *zufallsbasierten* Auswahl der Befragten.<sup>5</sup> Selbstverständlich muss die Stichprobe dafür einen gewissen Mindestumfang aufweisen, wobei die Größe der Grundgesamtheit (nur) *eine* entscheidende Rolle spielt.<sup>6</sup> Im Zusammenspiel mit weiteren, vorab festzulegenden Werten (Konfidenzniveau, Standardabweichung und erlaubte Fehlerspanne)<sup>7</sup> kann dann die notwendige Größe der zufällig zu ziehenden Stichprobe präzise berechnet werden. Für Flörsheim wurde – unter Berücksichtigung eines geschätzten Rücklaufs von höchstens 10 % („Sicherheitswert“) – ein Mindestumfang von 3.770 Personen (Brutto-Ausgangsstichprobe; gerundet) ermittelt. Die **Rücklaufquote** liegt unter Berücksichtigung sogenannter stichprobenneutraler

---

<sup>1</sup> HMdIS (2017), Leitfaden, S. 6.

<sup>2</sup> Die Grundgesamtheit wurde für alle Erhebungen im Rahmen von KOMPASS einheitlich auf alle Personen festgelegt, die mindestens 14 Jahre alt sind und ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Kommune haben.

<sup>3</sup> Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 243.

<sup>4</sup> Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 277 f.

<sup>5</sup> Leonhart (2017), Lehrbuch Statistik, S. 157.

<sup>6</sup> Aus diesem Grund liegt der Fokus der vorliegenden Ausführungen (mit Ausnahme von Kap. 4.2.) auf den Ergebnissen, die innerhalb der statistischen Grenzen auf die Grundgesamtheit übertragbar sind.

<sup>7</sup> Hier wie folgt: Konfidenzniveau = 95 %, Standardabweichung:  $p = 0,5$ , erlaubte Fehlerspanne:  $e = 0,05$ .

Ausfälle<sup>8</sup> mit **ca. 24,15 %** (= 895 Teilnehmer\*innen) weit über den 10 %, die bei der Berechnung der Stichprobengröße als Sicherheitswert zugrunde gelegt wurden.

Da die Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadt- bzw. Ortsteilen einer Kommune aber mitunter stark variieren, muss dieser Umstand auch beim Auswahlverfahren berücksichtigt werden. Andernfalls hätten Bürgerinnen und Bürger aus bevölkerungsstärkeren Teilen der Kommune eine höhere Chance ausgewählt zu werden als solche, die in einem kleineren Teil leben. Dadurch würden die ausgewählten Personen aber je nach Stadt- bzw. Ortsteil, in dem sie leben, bei der Erhebung „über- bzw. unterrepräsentiert“. Da dies wiederum zu einer empfindlichen Verzerrung der Ergebnisse führen kann, wurde im vorliegenden Verfahren eine proportional geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Das bedeutet, dass aus jedem Stadt- / Ortsteil (also aus jeder „Schicht“) eine einfache Zufallsauswahl durch das Einwohnermeldeamt gezogen wurde, wobei der jeweilige Umfang so zu bemessen war, dass er dem jeweiligen Anteil in der Grundgesamtheit entsprach.<sup>9</sup> Hierfür wurde der Kommune ein Stichprobenplan zur Verfügung gestellt, aus dem die Stichprobengrößen für die einzelnen Stadt- bzw. Ortsteile (je nach Anteil) hervorgingen.<sup>10</sup>

Bei der Erhebung selbst wurde auf das Verfahren der schriftlichen Befragung zurückgegriffen. Dieses bringt im Vergleich zu persönlichen Interviews eine Vielzahl inhaltlicher und methodischer, aber auch technischer und ökonomischer Vorteile mit sich.<sup>11</sup> Zugänglich gemacht wurde den Befragten das Erhebungsinstrument auf zwei verschiedenen Wegen. Einerseits bediente sich die vorliegende Untersuchung des „klassischen“ Papierfragebogens. Gleichzeitig wurde mit dem Einsatz der Online-Befragungssaplikation „LimeSurvey“ auch das Internet genutzt.

Im Rahmen eines Erstanschreibens wurde den Teilnehmenden der Link zu dem Online-Fragebogen sowie ein zufällig generierter Zugangscode mitgeteilt, durch dessen Eingabe

---

<sup>8</sup> Stichprobenneutrale Ausfälle entstehen u.a. dann, wenn Anschreiben als „unzustellbar“ an die jeweilige Kommune zurückgesendet werden. Da sich die betreffenden Personen in diesen Fällen aber nicht bewusst gegen eine Teilnahme an der Befragung entschieden, sondern schlicht keinerlei Kenntnis davon erhalten haben, dass sie zufällig ausgewählt wurden, muss die Brutto-Ausgangsstichprobe um diese neutralen Ausfälle bereinigt werden. In Flörsheim lag diese Zahl bei 64, wodurch die Stichprobe von 3.770 Personen auf 3.706 sank.

<sup>9</sup> Vgl. die entsprechenden Ausführungen von *Schnell/Hill/Esser (2018)*, Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 252 f.

<sup>10</sup> Abb. 2 zeigt in diesem Zusammenhang den tatsächlich realisierten Rücklauf aus Kommune

<sup>11</sup> *Schnell/Hill/Esser (2018)*, Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 326 f.

die jeweilige Person Zugriff auf den Fragebogen bekam. Der Zugangscode diente den ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei ausschließlich als „Schlüssel“ zum Öffnen des Fragebogens. Das System nutzte ihn dementsprechend nur zur Überprüfung, ob die Umfrage abgeschlossen wurde oder nicht, um eine mehrmalige Teilnahme derselben Person auszuschließen. Der Zugangsschlüssel wurde nicht zusammen mit den abgegebenen Antworten abgespeichert, sondern in einer getrennten Datenbank aufbewahrt. Auch gab es keinen Weg, den Zugangsschlüssel mit den individuellen Antworten zusammenzuführen. Zudem wurde auf den Einsatz sogenannter „Cookies“, mit deren Hilfe eine Überprüfung auf Mehrfachteilnahme ebenfalls möglich gewesen wäre, aus Datenschutzgründen gänzlich verzichtet.

Um aber auch die Teilnahme all jener sicherzustellen, für die eine Beantwortung über das Internet ausscheidet (z.B. Personen ohne Internetzugang), wurden die Adressatinnen und Adressaten im Erstanschreiben darüber informiert, dass eine Teilnahme auch mithilfe eines Papierfragebogens möglich ist. Hierfür wurde Interessierten eine Telefonnummer der Stadt Flörsheim mitgeteilt, über die der Papierfragebogen angefordert werden konnte. Dieser wurde sodann von der Stadt an die jeweilige Person versendet. Neben einem Zweitanschreiben lag diesem Brief auch ein frankierter Rückumschlag an die Professur für Kriminologie bei, an der die Eingabe der Papierfragebögen vorgenommen wurde. Nach Eingabe und Auswertung der postalischen Fragebögen wurden diese durch eine Spezialfirma für Datenschutzabfälle vernichtet.

Dank des technisch-organisatorischen Verfahrens der dezentralen Datenspeicherung bestand weder für die Stadt Flörsheim noch für die Professur für Kriminologie jemals die Möglichkeit der Identifikation einzelner Personen (Stichwort „Anonymität“). Die folgende Übersicht zeigt, welche Daten an welchem Standort verortet waren:

<b>Daten</b>	<b>Stadt</b>	<b>Professur</b>
Namen & Adressen aus der Zufallsauswahl	✓	✗
Zugangscode	✓	✓
Antworten aus der Befragung (online & in Papierform)	✗	✓

**Abb. 1:** Übersicht zur dezentralen Speicherung der Daten im Rahmen des Erhebungsverfahrens



Da KOMPASS eine landesweite Initiative ist, wurden sowohl das Verfahren als auch die beiden Versionen des Fragebogens (online & in Papierform) inklusive der dazugehörigen Datenschutzerklärung der Aufsichtsbehörde (dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit) vor der ersten Erhebung zur Überprüfung vorgelegt und von dieser als konform mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) befunden.

### 3. Stichprobenbeschreibung

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Rücklauf aus den einzelnen Stadt- bzw. Ortsteilen Flörsheims im Hinblick auf die Grundgesamtheit.

<b>Rücklauf aus Flörsheim</b>				
<b>Stadtteil</b>	<b>Grundgesamtheit</b>		<b>Stichprobe</b>	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Stadtmitte	12.244	62,6	471	54,4
Keramag / Falkenberg	565	2,9	33	3,8
Weilbach	3.525	18,0	177	20,4
Wicker	3.239	16,6	185	21,4
<b>Gesamt</b>	<b>19.573</b>	<b>100,0</b>	<b>895</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 2:** Rücklaufquote aus den einzelnen Stadt- / Ortsteilen im Vergleich zur Grundgesamtheit.

Mit einer Rücklaufquote von ungefähr 24,15 % liegt Flörsheim im Vergleich zu bisherigen Befragungen im Rahmen von KOMPASS im oberen Durchschnitt. Während die Stadtteile Keramag/Falkenberg, Weilbach und Wicker leicht überrepräsentiert sind, fällt die Stadtmitte durch eine Unterrepräsentation ihrer Einwohnerinnen und Einwohner auf (-8,2 %). Insgesamt bewegen sich die Unterschiede aber allesamt nur knapp über bzw. knapp unter der 1%-Marke.

Abbildung 2 zeigt die Geschlechterverteilung unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Frauen sind in der Stichprobe mit 53,6 % im Verhältnis zur Grundgesamtheit etwas stärker vertreten (+3,0 %). Der Anteil der männlichen Befragten in der Stichprobe fällt mit 46,2 % entsprechend geringer aus (-3,2 %). Für Befragungen zum Thema „Sicherheit“ lässt sich für gewöhnlich konstatieren, dass es regelmäßig zu einer Überrepräsentation von Frauen und älteren Personen kommt, da Erhebungen mit diesem Schwerpunkt bei beiden genannten Bevölkerungsgruppen eine höhere Teilnahmebereitschaft erzeugt als es beispielsweise bei jungen Männern der Fall ist.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Mit Blick auf die polizeilichen Hellfelddaten besteht jedoch gerade für junge Männer die größte Gefahr, Opfer (oder auch Täter) einer Straftat zu werden. Der Umstand, dass Personen mit vergleichsweise niedriger Viktimisierungswahrscheinlichkeit die höhere Teilnahmebereitschaft bei Befragungen zum Thema „Sicherheit“ aufweisen, während diese bei Gruppen mit höherem Opferwerdungsrisiko wesentlich geringer ausgeprägt ist, wird als „Kriminalitätsfurchtparadoxon“ bezeichnet, vgl. beispielsweise BMI/BMJV (2006), 2. PSB, S. 506 f.

**Geschlechterverteilung**

		Anzahl	in %
Geschlecht	weiblich	472	53,6
	männlich	107	46,2
	divers	2	0,2
<b>Gesamt</b>		<b>881</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 3:** Geschlechterverteilung in der Stichprobe.

Während der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der Grundgesamtheit bei 16,6 % (Stichtag: 20.09.2021) liegt, gaben in der Erhebung nur 5,5 % der Befragten an, nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen. Die ausländische Bevölkerung ist damit unterrepräsentiert. Darin offenbart sich eine Schwäche der vorliegenden Erhebung im Hinblick auf die Erreichbarkeit der nicht-deutschen Bürgerinnen und Bürger. Diese dürfte vor allem auf das Problem der Einsprachigkeit des eingesetzten Fragebogens zurückzuführen sein. Um der ausländischen Bevölkerung in Flörsheim die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls in das Projekt einzubringen und Sorgen, Ängste und Wünsche zu äußern, ist es daher für die Kommune unumgänglich, eine entsprechende Teilnahmeoption zu schaffen. Denkbar wäre etwa die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und anderen Institutionen, wie es in einer Sitzung des Ausländerbeirats im Oktober 2021 bereits von wissenschaftlicher Seite aus angeregt wurde.

**Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?**

	Anzahl	in %
Ja	792	94,5
Nein	46	5,5
<b>Gesamt</b>	<b>838</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 4:** Ausländeranteil in der Stichprobe.

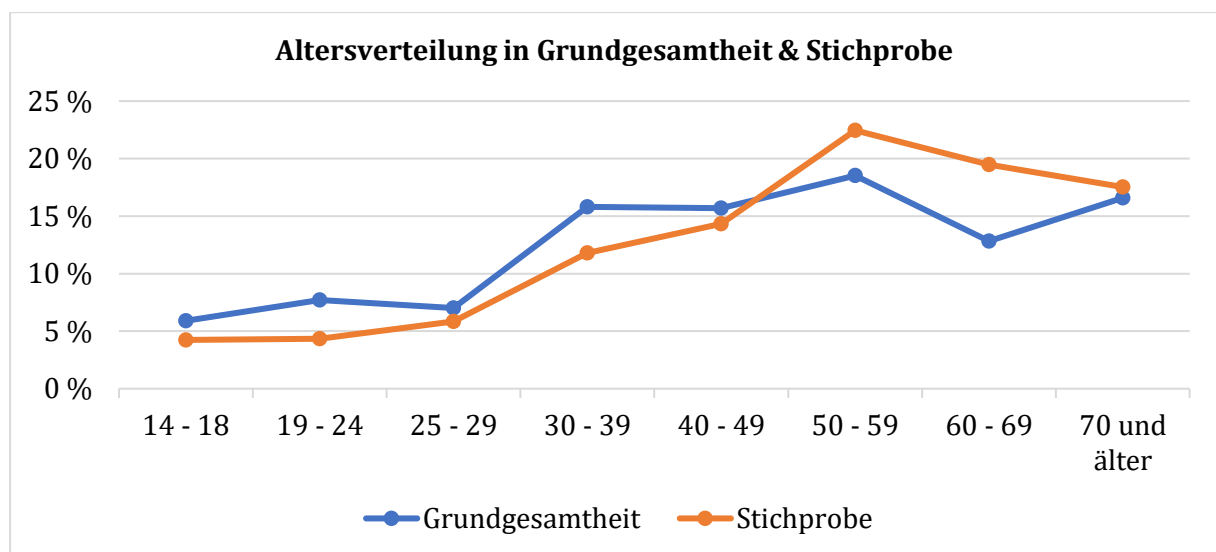
Ein Blick auf die Altersverteilung bei den Befragten zeigt, dass der Teilnehmerkreis hier ein äußerst zufriedenstellendes strukturelles Abbild der Grundgesamtheit darstellt. Der Mittelwert liegt bei 51,89 Jahren (STD = 18,10). Die oder der jüngste Befragte war 14, die älteste teilnehmende Person dagegen über 90 Jahre alt.

**Altersgruppen**

Alter (in Jahren)	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	Häufigkeit	in %	Häufigkeit	in %
14 - 18	1.154	5,9	37	4,2
19 - 24	1.504	7,7	38	4,4
25 - 29	1.368	7,0	51	5,8
30 - 39	3.090	15,8	103	11,8
40 - 49	3.065	15,7	125	14,3
50 - 59	3.620	18,5	196	22,5
60 - 69	2.508	12,8	170	19,5
70 und älter	3.240	16,6	153	17,5
<b>Gesamt</b>	<b>19.549</b>	<b>100,0</b>	<b>873</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 5:** Rücklauf im Hinblick auf die Variable „Alter“ in Grundgesamtheit und Stichprobe.

Wie die bisherigen Erhebungen im Rahmen von KOMPASS (und andere Untersuchungen zum Thema „Sicherheit“) zeigen, steigt mit zunehmendem Alter einer Person typischerweise auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Bürgerbefragung. In Flörsheim zeigt sich dieser „Trend“ darin, dass die Rücklaufquote mit den Lebensjahren der Befragten kontinuierlich ansteigt. Während die unteren Altersgruppen (14 – 49 Jahre) durch eine geringfügige Unterrepräsentation auffallen, sind die Altersgruppen ab 50 Jahren allesamt stärker in der Stichprobe vertreten als es in der Grundgesamtheit der Fall ist. Die nachfolgende Abbildung visualisiert den Vergleich von Grundgesamtheit und Stichprobe noch einmal in grafischer Form.



**Abb. 6:** Grafik zur Verdeutlichung der Abweichungen in der Altersverteilung von Grundgesamtheit und Stichprobe.

Erfreulich ist, dass sich die Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit allesamt im sehr niedrigen einstelligen Prozentbereich bewegen. Die Nähe bestimmter Werte aus der Stichprobe zu denen aus der Grundgesamtheit darf jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass die Stichprobe ebenso in allen anderen Bereichen des Fragebogens repräsentativ für die Gesamtbevölkerung wäre. Solche ‚Repräsentanznachweise‘<sup>13</sup> bieten allenfalls die Möglichkeit, die Zufallsauswahl (grob) zu kontrollieren.<sup>14</sup> Die Aussagekraft der Ergebnisse im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Grundgesamtheit muss daher für jedes Item einzeln untersucht werden.

---

<sup>13</sup> Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 278.

<sup>14</sup> Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 278 f.

## 4. Zentrale Ergebnisse der Bürgerbefragung in Flörsheim

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Bürgerbefragung in Flörsheim dargestellt. Die Aussagen lassen sich innerhalb der oben ausgeführten statistischen Grenzen über die Stichprobe hinaus auf die Gesamtbevölkerung übertragen.

### 4.1. Sicherheitsgefühl & Kriminalitätsfurcht

Eines der zentralen Ziele der Bürgerbefragung in Flörsheim bestand darin, die Verbreitung von Kriminalitätsfurcht zu erfassen und mögliche Einflussfaktoren (z.B. wahrgenommene Angstorte und sogenannte „Incivilities“) auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt zu identifizieren. So kann Kriminalitätsfurcht nicht nur die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune beeinträchtigen, sondern auch beispielsweise dazu führen, dass Personen bestimmte Orte (und Situationen) im öffentlichen Raum meiden. Infolgedessen kann es zu einer Abnahme der informellen Sozialkontrolle an diesen Orten kommen, was wiederum die Gefahr steigender Kriminalität und Kriminalitätsfurcht mit sich bringt.<sup>15</sup> Kriminalpräventive Bemühungen sollten daher folgerichtig auch auf eine Verringerung der Kriminalitätsfurcht in der Kommune abzielen.

Das subjektiv wahrgenommene Sicherheitsempfinden und die objektive Kriminalitätslage in einer Kommune müssen dabei grundsätzlich gesondert betrachtet werden: Ein proportionaler Zusammenhang zwischen objektiver (polizeistatistischer) Kriminalitätslage und dem Empfinden von Sicherheit lässt sich in den meisten Befragungen nicht feststellen. Weitgehend besteht – wenn überhaupt – nur ein schwacher Zusammenhang. Der Einfluss der objektiven Kriminalitätslage auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger sollte daher nicht überschätzt werden.

Die Kriminalitätsfurcht kann – in Anlehnung an eine Kategorisierung der sozialpsychologischen Einstellungsforschung – als Konstrukt verstanden werden, welches sich aus einer gefühlsbezogenen (affektiven), einer verstandsbezogenen (kognitiven) und einer verhaltensbezogenen (konativen) Dimension zusammensetzt.<sup>16</sup> Alle vier Dimensionen wurden mithilfe verschiedener Fragen („Items“) für Flörsheim erfasst.

---

<sup>15</sup> LKA NRW (2006), Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, S. 2.

<sup>16</sup> Siehe z.B. Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht; *Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2006):* Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht.

#### 4.1.1. Affektive Kriminalitätsfurcht

Zur Erfassung der affektiven Ebene wurden die Teilnehmer u.a. gefragt, wie sicher sie sich (tagsüber und nachts) alleine zu Fuß in der eigenen Wohngegend fühlen.

**Sicherheitsgefühl zu Fuß in der eigenen Wohngegend**

	Gesamt	sicher	unsicher
	Anzahl	in %	in %
nachts	869	66,2	33,8
tagsüber	863	94,3	5,7

**Abb. 7:** Affektive Kriminalitätsfurcht. Prozentualer Anteil der Befragten, die sich nachts / tagsüber in ihrer Wohngegend sicher oder unsicher fühlen.

Dabei fällt die hohe Differenz zwischen „Tages- und Nachtwerten“ auf. So fühlen sich insgesamt 33,8 % der Befragten bei Dunkelheit unsicher in ihrer eigenen Wohngegend; bei Tag sind es nur 5,7 %. Darüber hinaus zeigt sich in Bezug auf Unsicherheitsgefühle bei Dunkelheit in der Wohngegend erwartungsgemäß ein statistisch bedeutsamer ( $p < 0,001$ ) Geschlechterunterschied: 42,1 % der weiblichen Befragten geben an, dass sie sich bei Dunkelheit unsicher in der eigenen Wohngegend fühlen; bei den männlichen Teilnehmern liegt dieser Wert niedriger (24,3 %).

**Wie sicher fühlen Sie sich (oder würden Sie sich fühlen), wenn Sie nachts alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?**

	Gesamt	weiblich	männlich	divers
	Anzahl	in %	in %	in %
sicher	574	57,9	75,7	0,0
unsicher	294	42,1	24,3	100,0
<b>Gesamt</b>	<b>868</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 8:** Affektive Kriminalitätsfurcht. Prozentualer Anteil der Befragten, die sich nachts in ihrer Wohngegend sicher bzw. unsicher fühlen / nach Geschlecht.

Zur Erfassung der affektiven Kriminalitätsfurcht wurden darüber hinaus deliktspezifische Unsicherheitsgefühle erhoben. Dazu wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, wie oft sie innerhalb der letzten 12 Monate die Befürchtung hatten, Opfer eines bestimmten Deliktes zu werden.

**Wie oft hatten Sie in den letzten 12 Monaten die Befürchtung,  
Opfer eines der folgenden Delikte zu werden?**

	Gesamt	nie	selten	manchmal	häufig	immer
	Anzahl	in %	in %	in %	in %	in %
Körperverletzung	842	58,8	23,8	13,5	3,7	0,2
Einbruch	851	20,2	30,1	33,4	13,2	3,2
Raub	843	39,7	32,9	19,8	6,8	0,8
Sexuelle Belästigung	835	67,1	16,4	11,0	5,0	0,5
Terroranschlag	838	73,0	20,0	4,7	1,8	0,5

**Abb. 9:** Affektive Kriminalitätsfurcht (deliktsbezogen) – Befürchtete Opferwerdung.

Hierbei zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten – mit Ausnahme der Furcht vor einem Einbruch oder einem Raub – in diesem Zeitraum nie die Befürchtung hatte, Opfer der genannten Delikte zu werden.

#### 4.1.2. Kognitive Kriminalitätsfurcht

Die verstandesbezogene (kognitive) Ebene der Kriminalitätsfurcht kann durch Fragen zur Einschätzung der persönlichen Viktimisierungserwartung und der Kriminalitätsentwicklung in der Kommune gemessen werden. Die Teilnehmenden wurden gefragt,

- für wie wahrscheinlich sie es halten, innerhalb der nächsten 12 Monate von bestimmten Delikten betroffen zu sein und,
- wie sich die Sicherheit in Flörsheim ihrer Ansicht nach in den letzten beiden Jahren entwickelt hat.

#### Viktimisierungserwartung

Abbildung 10 zeigt, dass die große Mehrheit der Teilnehmenden in Flörsheim eine eigene Opferwerdung hinsichtlich der abgefragten Delikte für unwahrscheinlich hält. Dies betrifft auch den Wohnungseinbruch und den Raub, vor denen sich auf affektiver Ebene noch weitaus mehr gefürchtet hatten (siehe oben).



**Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken,  
für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen folgende Dinge passieren?**

	Gesamt <sup>17</sup>	unwahrscheinlich	wahrscheinlich
	Anzahl	in %	in %
Körperverletzung	712	81,5	18,5
Einbruch	720	59,0	41,0
Raub	713	70,7	29,3
Sexuelle Belästigung	707	82,2	17,8
Terroranschlag	708	90,5	9,5

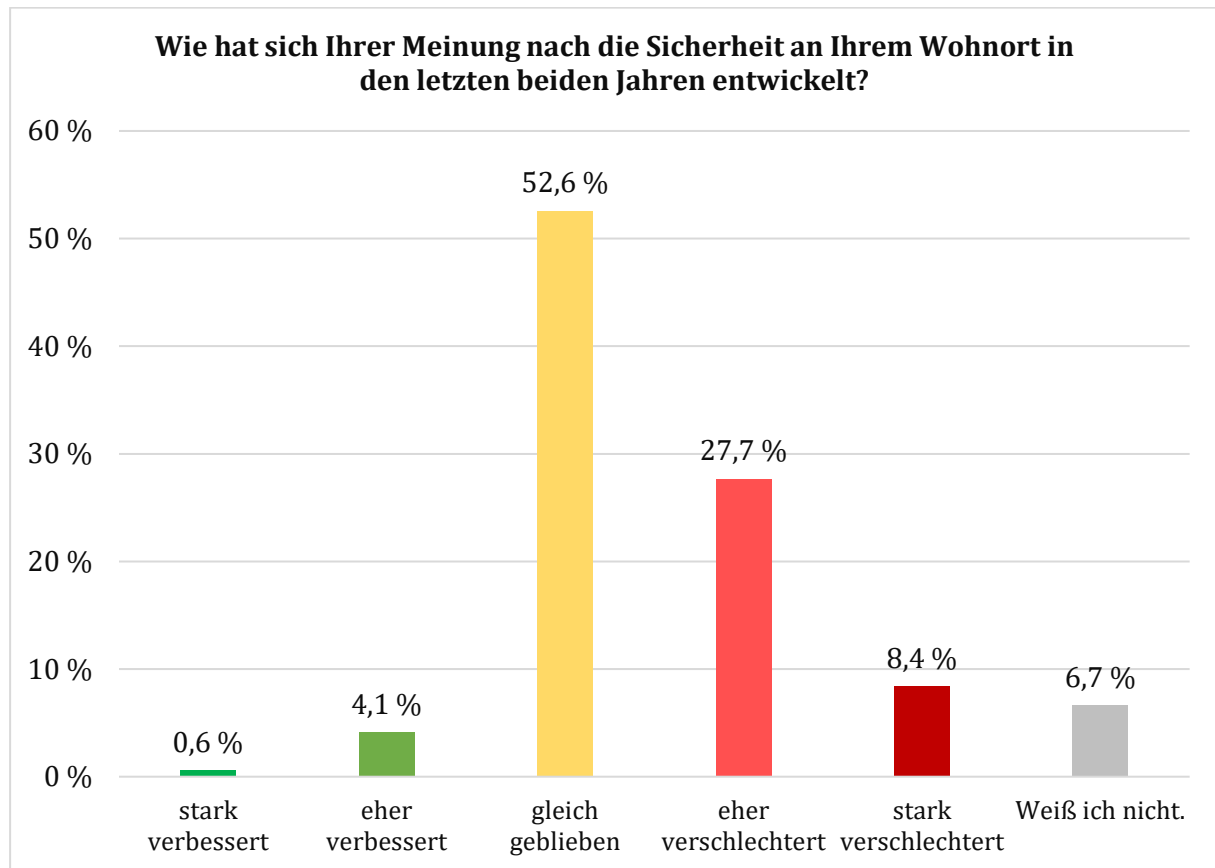
**Abb. 10:** Prozentualer Anteil der Befragten, die es für (ziemlich / sehr) wahrscheinlich bzw. (eher / sehr) unwahrscheinlich halten, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer eines der genannten Delikte zu werden.

Wie eingangs bereits betont, müssen Sicherheitsgefühl und objektive Kriminalitätslage grundsätzlich getrennt betrachtet werden. Dennoch zeigt der Blick auf die kognitiven, deliktsbezogenen Furchtwerte, dass die persönliche Einschätzung (insbesondere in Bezug auf den Raub) nicht die an den Hellfelddaten gemessene Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung widerspiegelt. Nichtsdestotrotz müssen diese Gefühle ernstgenommen und dürfen nicht mit einem bloßen Hinweis auf die objektive Sicherheit abgetan werden.

### **Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Flörsheim**

Im zeigt, dass mehr als die Hälfte (52,6 %) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Meinung ist, dass sich die Sicherheit in Flörsheim in den letzten beiden Jahren nicht verändert hat. 27,7 % der Befragten meinen, dass sich die Sicherheit eher bzw. stark (8,4 %) verschlechtert hat. Lediglich 4,7 % der Befragten stellen dagegen eine Verbesserung der Sicherheit fest.

<sup>17</sup> Zu Beginn der Erhebung fiel auf, dass in der Online-Version des Fragebogens statt der Antwortmöglichkeit „eher wahrscheinlich“ zweimal die Option „eher unwahrscheinlich“ zur Verfügung stand. Die betreffenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten daher zunächst nur angeben, ob sie es für „sehr wahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“ oder „sehr unwahrscheinlich“ halten, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer eines der genannten Delikte zu werden. Zwar zeigte eine Analyse der bis dahin eingegangenen Antworten, dass die Befragten den Umstand bemerkt und die eigentlich vorgesehene Abstufung dennoch erkannt haben. Korrekterweise wurden jedoch alle Antworten, bei denen nur eine eingeschränkte Auswahlmöglichkeit bestand (127), nicht in die obige Berechnung einbezogen. Alle anderen Angaben der jeweiligen Befragten blieben davon allerdings unberührt und wurden daher auch weiterhin berücksichtigt. Auch ist die Aussagekraft des vorliegenden Items aufgrund der hohen Teilnahmequote nach der Korrektur nicht beeinträchtigt. Die Papierfragebögen waren von dem beschriebenen Umstand nicht betroffen.



**Abb. 11:** Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Flörsheim (N = 856).

Grundsätzlich stellen solche Werte keinen alarmierenden Befund dar: Die Forschung zeigt, dass Kriminalität und Kriminalitätsentwicklung in Befragungen häufig überschätzt werden.<sup>18</sup> Die Ergebnisse zur Entwicklung der Kriminalität am Wohnort eignen sich daher primär als Bezugswert für zukünftige Befragungen.

#### 4.1.3. Konative Kriminalitätsfurcht

Im Zuge der Befragung sollte zudem erfasst werden, in welchem Ausmaß sich bestehende Unsicherheitsgefühle im Verhalten der Bürgerinnen und Bürger manifestiert haben. Diese sogenannte konative (verhaltensbezogene) Ebene der Kriminalitätsfurcht lässt sich durch Fragen zu Vermeide- und Schutzverhalten erfassen.

Um das Ausmaß von *Vermeideverhalten* zu erheben, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, ob sie aus Sorge um die eigene Sicherheit bestimmte alltägliche Aktivitäten eingeschränkt haben.

<sup>18</sup> Hinweise auf einzelne Studien finden sich beispielsweise bei *Schwind (2016)*, Kriminologie und Kriminalpolitik, S. 315 & 446.

**Schränkt die Sorge um Ihre Sicherheit Ihre alltäglichen Aktivitäten ein?**

	in %
Ich gehe seltener aus dem Haus	11,5
Ich meide große Menschenmengen	21,8
Ich nutze seltener öffentliche Verkehrsmittel	11,9
Ich meide tagsüber bestimmte Orte in meiner Stadt	8,2
Ich meide nach Anbruch der Dunkelheit bestimmte Orte in meiner Stadt	40,5
Ich gehe möglichst nicht allein aus dem Haus	9,5
Ich nehme selten oder gar nicht mehr an Großveranstaltungen teil	13,3

**Abb. 12:** Vermeideverhalten (N = 850).

In Befragungen zeigt sich regelmäßig, dass bestimmte Orte im Stadtgebiet bei Dunkelheit eher gemieden werden als tagsüber. Dies gilt auch für Flörsheim: Abbildung 12 belegt, dass 40,5 % der Befragten nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Orte im Stadtgebiet meidet; am Tag sind es nur 8,2 %. Erhöht scheinen die Werte im Hinblick auf die Meidung großer Menschenmengen (21,8 %), die seltenere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (11,9 %) sowie die (Nicht-)Teilnahme an Großveranstaltungen (13,3 %). Wie der Blick auf alle bisher durchgeführten Bürgerbefragungen im Rahmen von KOMPASS zeigt, dürften sich hier weniger sicherheitsrelevante Bedenken bemerkbar machen und die erhöhten Werte eher auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen sein.

Zur Erfassung des *Schutzverhaltens* wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie bereits Maßnahmen getroffen haben, um sich persönlich sicherer zu fühlen.

**Haben Sie bereits Maßnahmen getroffen, um sich persönlich sicherer zu fühlen?**

	in %
Ich trage zum Schutz ein Messer bei mir	1,5
Ich trage zu meinem Schutz Reizgas/Elektroschocker/Alarmgeräte o.Ä. bei mir	8,8
Ich habe mir einen Hund angeschafft	5,3
Ich habe einen (kleinen) Waffenschein beantragt	1,7
Ich habe zu Hause einen Einbruchschutz installiert / installieren lassen	25,8

**Abb. 13:** Schutzverhalten – Maßnahmen zur Steigerung des eigenen Sicherheitsgefühls (N = 848).

Dabei geben 8,8 % an, zum persönlichen Schutz Selbstverteidigungsmittel wie Reizgas, Elektroschocker o.Ä. mitzuführen. Ein Messer führen 1,5 % der Befragten zum Schutz mit

sich. Zudem geben 1,7 % an, einen (kleinen) Waffenschein beantragt zu haben. Aus kriminologischer Sicht muss festgehalten werden, dass präventive Selbstbewaffnung mit erheblichen Risiken behaftet ist, da eine größere Verfügbarkeit von Waffen jeglicher Art das Risiko ihres Einsatzes steigert.<sup>19</sup>

25,8 % der Befragten geben an, zur Verbesserung des eigenen Sicherheitsgefühls einen Einbruchschutz installiert zu haben. Ob dieser Wert als Ausdruck gesteigerter Unsicherheitsgefühle zu deuten ist oder ob er sich möglicherweise auch auf andere Einflussfaktoren (wie z.B. eine intensivierete Präventionsarbeit auf dem Gebiet des Einbruchsschutzes) zurückführen lässt, kann durch die vorliegende Befragung nicht beantwortet werden. Unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten ist ein solches Schutzverhalten jedoch insgesamt positiv zu bewerten: Durch technische Sicherungsmaßnahmen kann es gelingen, Täter von einer Tatbegehung abzuhalten. Zudem zeigt sich insbesondere bei Tätern ohne hohen „Professionalisierungsgrad“ eine Schutz- bzw. Abschreckungswirkung.<sup>20</sup>

## 4.2. Wahrnehmung von Angstorten

Um mögliche Ansatzpunkte zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls identifizieren zu können, müssen immer auch die mit der Befragung erhobenen Einflussfaktoren thematisiert werden. Hierzu zählt u.a. die Wahrnehmung von Angstorten in der Kommune, die das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen können. Der Identifizierung von Angstorten innerhalb der Kommune kommt daher eine hohe Priorität zu. Dies liegt u.a. einen dadurch begründet, dass solche Orte in (fast) jeder Kommune existieren und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen können. Hierbei handelt es sich – ganz grundsätzlich betrachtet – um Orte,

„(...) an denen einzelne oder mehrere Mitglieder bestimmter Bevölkerungsgruppen aus spezifischen Gründen (Geschlecht, Alter, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Anwesenheit bestimmter Personen usw.) sich vor einer möglichen gegen sie gerichteten Kriminalität fürchten.“<sup>21</sup>

Neben dem bloßen Unwohlgefühl kommt den Angstorten mit Blick auf die Entstehung und Verfestigung krimineller Strukturen aber auch eine kriminologische Bedeutung zu.

<sup>19</sup> Kreuzer (2017), Selbstbewaffnung, S. 586.

<sup>20</sup> Feltes (2004), Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten, S. 196.

<sup>21</sup> Döring (2008), Angstzonen, S. 98.

So können Angstorte dazu führen, dass gewisse Bevölkerungsgruppen diese meiden (siehe konative Kriminalitätsfurcht) und folglich an diesen Orten keine informelle Sozialkontrolle (mehr) ausüben. Hierdurch kann durch das Zurückbleiben problematischer Gruppen und die damit verbundene Segregation ein sogenannter „Filtering-Down“-Prozess<sup>22</sup> entstehen,<sup>23</sup> sodass mittel- bis langfristig bei Untätigkeit der Behörden im schlimmsten Fall ganze Stadtviertel dem (sozialen) Verfall preisgegeben werden. Dabei können die von den Bürgerinnen und Bürgern als Angstorte empfundenen Plätze innerhalb einer Kommune deutlich von der Einschätzung der kommunal Verantwortlichen wie auch der Polizei abweichen. So werden regelmäßig auch Orte, an denen keine Belastung durch Kriminalität bekannt ist (und teilweise auch tatsächlich nicht besteht) von den Befragten als Angstorte empfunden.<sup>24</sup> Diese Orte lassen sich oftmals mit einfachen, mitunter sogar banalen Mitteln und Maßnahmen entschärfen.

Die Bürgerinnen und Bürgern wurden zunächst gefragt, ob es einen Ort in Ihrer Kommune gibt, an dem sie sich unsicher fühlen.

<b>Gibt es einen Ort in Ihrer Stadt / Gemeinde, an dem Sie sich unsicher fühlen?</b>		
	Häufigkeit	in %
Ja	423	51,7
Nein	395	48,3
<b>Gesamt</b>	<b>818</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 14:** Wahrnehmung von Angstorten.

Anschließend bekamen die Befragten die Gelegenheit, in einem freien Textfeld nähere Angaben zu der jeweiligen Problematik zu machen. Dabei konnte nicht nur der betreffende Ort genannt, sondern auch die Gründe für die dort herrschenden Unsicherheitsgefühle schlagwortartig ausgeführt werden. An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse aufgrund der offenen Fragestellung naturgemäß **nicht repräsentativ** (im Sinne der oben genannten statistischen Grenzen) für die Grundgesamtheit sind. Gleichwohl zeigen sie mitunter Tendenzen auf, die es näher zu betrachten gilt.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Schwind/Ahlborn/Weiß (1978), Empirische Kriminalgeographie, S. 218.

<sup>23</sup> Dünkel/Schmidt (2018), Evidenzorientierte Kriminalprävention, S. 749.

<sup>24</sup> Frevel (2012), Kriminalität und lokale Sicherheit, S. 597.

<sup>25</sup> Der nachfolgende Text enthält anonyme Originalzitate, die unverändert übernommen wurden.

**Bitte nennen Sie diesen Ort und schildern Sie uns schlagwortartig, warum Sie sich dort unsicher fühlen.**

#	Genannter Ort	Häufigkeit
<b>1</b>	<b>Herrnberg-Areal</b>	<b>145</b>
	– Personengruppen	91
	– „Dubiose“ Läden	22
	– Schmutz und Müll	18
	– Angst vor Kriminalität	11
	– Dunkelheit	8
<b>2</b>	<b>Bahnhof</b>	<b>102</b>
	– Personengruppen	67
	– Dunkelheit	16
	– Lage und Umfeld	15
	– Schmutz und Müll	3
<b>3</b>	<b>Stadthalle</b>	<b>45</b>
	– Personengruppen	44
	– Schmutz und Müll	3
<b>4</b>	<b>Grünanlagen</b>	<b>38</b>
	– Personengruppen	20
	– Dunkelheit	8
	– Schmutz und Müll	3
	– Angst vor Kriminalität	2
<b>5</b>	<b>Unterführungen</b>	<b>29</b>
	– Dunkelheit	15
	– Personengruppen	13
	– Lage und Umgebung	10
	– Schmutz und Müll	6
<b>6</b>	<b>Mainufer</b>	<b>20</b>
	– Personengruppen	9
	– Dunkelheit	9
<b>7</b>	<b>Alter Friedhof</b>	<b>13</b>
	– Personengruppen	9
	– Angst vor Kriminalität	2
<b>8</b>	<b>Felder</b>	<b>13</b>
	– Personengruppen	7
	– Dunkelheit	3
<b>9</b>	<b>Kolonnaden</b>	<b>7</b>
	– Personengruppen	6

**Abb. 15:** Konkrete Angstorte und Gründe für dort empfundene Unsicherheitsgefühle.

Mit 145 Nennungen wird das **Herrnberg-Areal** am häufigsten angeführt. Dabei werden verschiedene Personengruppen (91 Nennungen) besonders oft erwähnt. Das Gebiet rund um die Kapellenstraße, das alte Hotel und eine Tankstelle werden dabei als „sozialer Brennpunkt“ und Treffpunkt für Menschen mit krimineller Energie beschrieben. Darunter würden hauptsächlich Jugendliche und Männer, vor allem mit Migrationshintergrund fallen, die gewaltbereit, zwielichtig und unberechenbar seien. Vermehrt seien diese alkoholisiert und / oder stünden unter Drogeneinfluss. Vor allem dubiose Läden (22 Nennungen) würden dabei als Treffpunkt dienen. Es seien keine „normalen“ Einzelhandelsgeschäfte, sondern unbehagliche und dreckige Läden/Bars, die vor allem am Wochenende gut besucht werden. In der Kritik steht dabei vor allem die Nähe zu einer Schule. Daneben wird Schmutz/Müll (18 Nennungen) optisch, aber auch geruchlich wahrgenommen, der hauptsächlich von Gruppenansammlungen hinterlassen werde. Das Areal erscheine dadurch verwahrlost und „ghettoartig“. Die Angst vor Kriminalität wird von den Befragten 11-mal genannt. Diese basiert auf vergangenen Vorfällen, die zum Teil aus der Zeitung bekannt seien oder persönlich erlebt wurden. Darunter werden sexuelle Belästigungen, Vandalismus und Drogenrazzien genannt. Zuletzt wird die Dunkelheit (8 Nennungen) angeführt, die auf mangelnde Beleuchtung in bestimmten Ecken zurückzuführen sei. Folglich entstehen dadurch Bereiche, die düster und unübersichtlich auf die Befragten wirken.

Der **Bahnhof** wird mit 102 Nennungen als ein weiterer Angstort beschrieben. Als Grund dafür werden mit 67 Nennungen die dort anzutreffenden Personengruppen genannt. Ansammlungen und Gruppen von Jugendlichen, Heranwachsenden, jungen Erwachsenen und „Unbekannten“ nutzen den Bahnhof als Aufenthaltsort, die meisten von ihnen seien männlich und hätten einen Migrationshintergrund. Die Befragten nehmen die Personen als „zweilichtig“ und „suspekt“ wahr. Vor allem abends und nachts würden diese „herumlungern“ und Alkohol und Drogen konsumieren. Es komme neben Randalen, Schlägereien und Unruhen auch zu Körperverletzungen. Zudem herrsche eine gewaltbereite und aggressive Stimmung, es sei oftmals sehr laut. Einige der Personen würden ferner in den Aufzügen hausieren. Die Befragten geben an, dass bei ihnen ein Unsicherheitsgefühl entstehe und sie sich am Bahnhof unwohl fühlen. Viele der anzutreffenden Personen seien körperlich überlegen; es gäbe auch einige Berichte von Übergriffen. Andere berichten von eigenen, schlechten Erfahrungen. Eine Befragte gibt an, dass sie die Wahrscheinlichkeit, dort belästigt zu werden, größer einschätze, als an anderen Orten. Der Bahnhof sei ferner sehr dunkel (16 Nennungen). Die Beleuchtung sei schlecht und mangelhaft, sodass viele

dunkle Ecken entstehen würden. Vor allem der Weg zum Parkplatz biete so gute Versteckmöglichkeiten. Die Lage und das Umfeld wurden mit 15 Nennungen als weiterer Grund angegeben. Der Bahnhof sei abends und außerhalb des Berufsverkehrs sehr wenig frequentiert und kaum belebt. Es entstehe ein verwahrloster Eindruck und eine „kalte Atmosphäre“. „*Ständige Defekte*“ würden zudem „*vertrauenshemmend*“ wirken. Es fehle an einer geeigneten Überwachungsmöglichkeit, auch Sicherheitspersonal sei nicht anzutreffen. In der Unterführung herrsche ebenfalls eine „*schlechte Atmosphäre*“. Sie sei schwer einsehbar und biete viele Versteckmöglichkeiten. Durch die Gestaltung wirke sie zudem „*bedrohlich*“. Auch hier würden sich einige Jugendliche aufhalten. Ein weiteres Problem stelle zudem Schmutz und Müll dar (3 Nennungen). Der Bahnhof und auch die Unterführung seien vermüllt, sodass ein unsauberer Eindruck entstehe.

Die **Stadthalle** wird von den Befragten 45-mal als Angstort genannt. Dabei werden die sich dort aufhaltenden Personengruppen 44-mal als Grund angegeben. Es käme vor allem in den Abend- und Nachstunden zu Ansammlungen und Gruppenbildungen von Jugendlichen und jungen Männern, die den Platz als Aufenthaltsort nutzen und „*herumlungern*“. Die meisten von ihnen hätten einen Migrationshintergrund. Die Personen würden durch rücksichtsloses Verhalten auffallen, sie würden sich insbesondere nicht an die geltenden Regeln halten. So seien sie streitlustig, aggressiv und gewaltbereit, es komme häufig zu Pöbeleien und Belästigungen. Alkohol- und Drogenkonsum sowie Drogenhandel seien ferner zu beobachten. Viele würden mit ihren „*dicke[n] Autos*“ auffallen. Die Befragten nehmen die Personen als „*unangenehm*“, „*dubios*“ und „*komisch*“ wahr. Sie geben an, sich dort im Vorbeigehen, aber auch als Anwohner, unsicher zu fühlen. Sie haben Angst vor Gewalt und Eskalation und befürchten, dass diese auf unbeteiligte Dritte übergreifen könnte. Es handle sich um einen „*sozialen Brennpunkt*“, zudem es bereits mehrere Pressemeldungen gäbe. Weiter sei der Platz sehr unsauber (Schmutz und Müll – 3 Nennungen). Überall sei viel Dreck und Müll zu finden, der vor allem durch die genannten Personengruppen dort liegengelassen werde.

38-mal werden **Grünanlagen** angegeben, die den Stadtpark, den Schneckenpark, den Schütz-Park und Spielplätze inkludieren. Das größte Problem seien verschiedene Personengruppen (20 Nennungen). Darunter fallen junge Menschen, „*zweilightige Gestalten*“ und „*pöbelnde Neudeutsche*“, aber auch „*Osteuropäische Männer*“. Diese fallen besonders negativ durch den Konsum von Alkohol und Drogen auf. Am zweithäufigsten wird die



Dunkelheit (8 Nennungen) angeführt. Zum Teil seien Bereiche unbeleuchtet und durch Hecken schlecht einsehbar. Daneben wird von den Befragten Müll und Schmutz (3 Nennungen) wahrgenommen. Gruppierungen würden dabei ihren Müll hinterlassen, wodurch es ungepflegt wirke. Mit 2 Nennung wird zuletzt die Angst vor Kriminalität genannt, die durch die Wahrnehmung von Personengruppen, Beschimpfungen und Vandalismus-Vorfälle entstehe.

Die **Unterführungen** unter der Bahnstrecke werden 29-mal als Angstort erwähnt. Als einer der Gründe wird die Dunkelheit mit 15 Nennungen angegeben. Die Unterführungen seien sehr dunkel und nur schlecht beleuchtet, es sei insgesamt „*gruselig*“ dort. Auch Personengruppen (13 Nennungen) würden diese als Aufenthaltsort nutzen. Gruppen, insbesondere von Jugendlichen und Personen mit „*fremdländischem Aussehen*“, würden dort in den Abend- und Nachtstunden „*herumlungern*“. Sie seien oftmals betrunken und es komme auch zu Pöbeleien. Die Befragten nehmen Personen als „*zweilichtig*“ und „*dubios*“ wahr. Die Lage und die Umgebung wurden zehnmal genannt. Die Unterführungen seien schlecht einsehbar, es sei teilweise sehr eng, verwinkelt und dadurch unübersichtlich. Sollte es zu einem Vorfall kommen, gäbe es keine Notrufmöglichkeiten. Möglichkeiten in eine andere Richtung auszuweichen gäbe es ferner auch nicht. Herumliegender Schmutz und Unrat (6 Nennungen) werden ebenfalls als Probleme angeführt.

Das **Mainufer**, welches vor allem im Sommer gut besucht wird, wird 20-mal von den Befragten genannt. Am auffälligsten seien dabei diverse Personengruppen (9 Nennungen). Es gelte vor allem als „*hotspot für Jugendliche*“, aber auch für aggressive zweilichtige Männer verschiedener Nationen. Diese Gruppierungen seien distanzlos und laut. Daneben scheint die Dunkelheit (9 Nennungen) ebenfalls ein Problem bei den Befragten darzustellen. Dies sei auf eine schlechte Beleuchtung zurückzuführen, wodurch die Angst entstehe, dass man unbemerkt verfolgt werden könnte.

Der **Alte Friedhof** wird insgesamt 13-mal genannt. Am häufigsten werden dabei Personengruppen (9 Nennungen) angeführt. Darunter seien „*merkwürdige Gestalten*“ und „*betrunkene, zugehörnte Jugendliche*“, die vor allem männlich seien. Dem einher geht die Angst vor Kriminalität (2 Nennungen), die auf berichteten Gewaltdelikten und Vandalismus-Vorfällen fußt.

Die angrenzenden **Felder** werden ebenfalls 13-mal als Angstort erwähnt. Sie würden von verschiedenen Personengruppen (7 Nennungen) als Treffpunkt genutzt. Vor allem Jugendliche und betrunkene Männer werden in diesem Kontext erwähnt. Sie würden sich „*komisch*“ verhalten und seien den meisten Befragten fremd. Ferner seien die Felder nur schlecht beleuchtet, weshalb es nachts dort sehr dunkel sei. Die Befragten geben an sich in der Dunkelheit dort allein zu fühlen und, dass sie Angst hätten, dass Hilferufe nicht gehört werden, da auch keine Häuser in der Nähe seien (3 Nennungen).

Einen weiteren Angstort stellen die **Kolonnaden** mit 7 Nennungen dar. Die sich dort aufhaltenden Personengruppen werden dabei sechsmal genannt. Gruppen von Jugendlichen und Männern würden den Ort zum „*Herumlungern*“ nutzen und durch eine unangenehme und aggressive Stimmung auffallen. Sie seien zudem sehr laut, es komme auch zu Pöbeleien.

### 4.3. Erfahrungen mit Abwertung, Ausgrenzung oder Diskriminierung

Ebenfalls konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Auskunft darüber geben, ob sie sich zuweilen von anderen abgewertet, ausgegrenzt oder diskriminiert fühlen.

#### Fühlen Sie sich manchmal von anderen abgewertet, ausgegrenzt oder diskriminiert?

	Anzahl	in %
Ja	109	13,5
Nein	696	86,5
<b>Gesamt</b>	<b>805</b>	<b>100,0</b>

**Abb. 16:** Erfahrungen mit Abwertung, Ausgrenzung oder Diskriminierung.

Der Großteil der Befragten verneinte dies zwar, grundsätzlich besteht aber ein Zusammenhang zwischen der Bejahung dieses Items und der Frage danach, ob die oder der Befragte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt [Chi-Quadrat (1) = 4.29,  $p < .05$ ,  $n = 771$ ], auch wenn – zumindest für die vorliegende Datengrundlage – nur ein schwacher Zusammenhang (Cramers  $V = .188$ ) festgestellt werden kann.<sup>26</sup> Trotzdem fällt auf, dass die aus-

<sup>26</sup> Eine Erklärung für diese Beobachtung könnte sein, dass das Item hinsichtlich seiner Formulierung keinen ausschließlichen Bezug zu rassistischen Anfeindungen o.Ä. aufweist und daher auch solche Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen erfasst, die unabhängig vom Merkmal „Staatsbürgerschaft“ gemacht werden.

ländische Bevölkerung im Vergleich zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit deutscher Staatsbürgerschaft häufiger angibt, Erfahrungen mit Abwertung, Ausgrenzung oder Diskriminierung erlebt zu haben. Wo und in welchem Zusammenhang sich diese Erfahrungen ereignet haben, geht aus der hier durchgeführten Befragung nicht hervor.

**Fühlen Sie sich manchmal von anderen abgewertet, ausgegrenzt oder diskriminiert?**

		Ja		Nein	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %
Haben Sie die deutsche Staatsbürgerschaft?	Ja	95	12,9	640	87,1
	Nein	9	25,0	27	75,0
<b>Gesamt</b>		<b>104</b>	<b>13,5</b>	<b>667</b>	<b>86,5</b>

**Abb. 17:** Erfahrungen mit Abwertung, Ausgrenzung oder Diskriminierung / Vergleich der Antworten der Bürgerinnen und Bürger mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Um nähere Auskunft darüber zu erhalten, um welche Erfahrungen es sich konkret handelt könnte eine ausführlichere Erhebung von Nutzen sein. Speziell mit Blick auf die nicht-deutschen Bürgerinnen und Bürger erscheint auch hier die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat sowie anderen Institutionen sinnvoll.

**4.4. Incivilities**

Bürgerinnen und Bürger machen Sicherheitsbeeinträchtigungen in der Regel nicht direkt an Kriminalität fest, da diese auch nicht immer zu beobachten ist.<sup>27</sup> Sie empfinden Furcht bei mittlerweile gut erforschten, immer gleichen Stereotypen und Vorurteilen, die aber eine hohe Relevanz haben.<sup>28</sup> Man unterscheidet zwischen sogenannten physischen Verwahrlosungserscheinungen („physical disorder“) – wie herumliegendem Müll, verwahrlosten und heruntergekommenen, verlassenen Gebäuden und Grundstücken, Verschmutzungen und Graffiti, dunklen Angsträumen etc. – und sozialem Problemverhalten („social disorder“) – wie herumstehenden oder -sitzenden Gruppen (vornehmlich männlicher Jugendlicher), Obdachloser oder öffentlichem Alkohol- und Drogenkonsum (Trinker- und Drogenszenen).<sup>29</sup> Häufig sind lautes und dominantes Verhalten im öffentlichen Raum so-

<sup>27</sup> BMI/BMJV (2001), 1. PSB, S. 39.

<sup>28</sup> Hermann (2017), Heidelberger Audit-Konzept, S. 16.

<sup>29</sup> Hermann (2017), Heidelberger Audit-Konzept, S. 16.

wie Fremdheit Auslöser von Unsicherheit. Die Beobachtungen werden als furchteinflößend wahrgenommen; Bürger verbinden damit Unsicherheit, fehlende Sozialkontrolle und mögliche Opferwerdung in naher Zukunft.

Die (weiter unten) tabellarisch dargestellten Ergebnisse zeigen die Incivilities, also diejenigen physischen oder sozialen Verwahrlosungserscheinungen, die aus der Sicht der Befragten in Flörsheim ein ziemliches oder ein großes Problem darstellen. Deren Erfassung ist ein wichtiges Instrument, um zielgerichtete Präventionsmaßnahmen erarbeiten und implementieren zu können. Abgefragt wurden typische Items, die aufgrund kriminologischer Erkenntnisse Kriminalitätsfurcht, Unsicherheitsgefühle oder die Wahrnehmung fehlender Sozialkontrolle auslösen können.

Anhand der Darstellung lässt sich zunächst erkennen, dass die aufgeführten Incivilities von den Bürgerinnen und Bürgern als unterschiedlich problematisch empfunden werden. Dies ist zwar nicht überraschend, stellt aber dennoch eine wichtige Erkenntnis dar: Mit Blick auf die angestrebte Implementierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität(-sfurcht) zeigen sich hier bereits *mögliche* Problemschwerpunkte.

<b>Incivilities</b>		
	N	problematisch
	Anzahl	in %
heruntergekommene und leerstehende Gebäude	800	13,8
besprühte/beschmierte Hauswände	791	14,5
Schmutz / Müll in den Straßen oder Grünanlagen	809	48,2
Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher	812	30,5
undiszipliniert fahrende Autofahrer	815	53,0
Ausländerfeindlichkeit	794	18,0
schlechte Straßenbeleuchtung	798	23,8
falsch parkende Autos	809	40,3
Drogenabhängige	790	17,0
Betrunkene	792	17,6
beschädigte Abfalleimer, Haltestellen, Fahrräder etc.	806	33,0
Lärmbelästigung	813	49,9

**Abb. 18:** Prozentualer Anteil der Befragten, die die aufgeführten Punkte als (ziemliches oder großes) Problem in der eigenen Wohngegend ansehen.

Während die Erarbeitung von Präventionsmaßnahmen gegen die Formen von „social disorder“ regelmäßig eine tiefergehenden Analyse der aktuellen Situation erfordert und auch auf unterschiedlichen Präventionsebenen erfolgen sollte, gestaltet sich beispielsweise die Präventionsarbeit gegen mangelnde Beleuchtung geradezu banal.<sup>30</sup> Die Auswirkungen schlechter (Straßen-)Beleuchtung auf die Kriminalitätsfurcht wird in zahlreichen Studien belegt und kann als gesichertes kriminologisches Wissen verstanden werden. So stellt die Installation von Beleuchtungsanlagen wie Straßenlaternen o.Ä. regelmäßig ein gut geeignetes und vor allem effektives Mittel zur Bekämpfung der von der Dunkelheit ausgehenden Kriminalitätsfurcht dar.

Ähnlich verhält es sich mit wahrgenommenem Schmutz und Müll in den Straßen und Grünanlagen. Grundsätzlich handelt es sich hierbei um ein typisches Beispiel für „physical disorder“, welches suggeriert, dass an diesen Stellen Sozialkontrolle, insbesondere formeller Art (durch Ordnungsamt und Polizei) nicht oder nur in ungenügendem Maße ausgeübt wird. Dabei ist regelmäßig zu beobachten, dass sich diese Art von Incivilities bei Nichtbeachtung zunehmend verstärkt (vgl. den sog. „Broken-Windows-Effekt“). Daher gilt die Empfehlung, insbesondere physische Verfallserscheinungen, welche sich oftmals schnell und vergleichsweise kostengünstig beseitigen lassen, auch tatsächlich kurzfristig zu beheben. Die Ausführungen hinsichtlich der Auswirkungen der sogenannten „physical disorder“ in Bezug auf Schmutz und Müll in den Straßen und Grünanlagen können auch auf heruntergekommene und leerstehende Gebäude übertragen werden. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr eines sog. „Trading-Down-Effekts“, also einer sukzessiven Abwärtsentwicklung eines Stadtteils, die letztlich auch zu einer sozialen Segregation führen kann, aus der wiederum neue – aus kriminologischer Sicht relevante – Probleme entstehen können. Daher ist es ratsam, auch leerstehende und heruntergekommene Gebäude im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten buchstäblich „wiederzubeleben“ und einer neuen Verwendung zuzuführen.

Anders ist es mit der Gruppe der sozialen Incivilities. Hierzu zählen u.a. Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher. Dabei handelt es sich um Jugendliche und Heranwachsende, die kein erkennbares Ziel verfolgen und sich im öffentlichen Raum (in der Regel in Gruppen) aufhalten. Auch wenn von diesen nicht zwangsläufig eine Bedrohung

---

<sup>30</sup> Siehe hierzu *Erb/Bannenberg/Herden/Pfeiffer (2020)*, Städtebauliche Kriminalprävention auf Evidenzbasis, S. 21-24.

in objektiver Hinsicht ausgehen muss, kann allein die Anwesenheit einen negativen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben. Umso mehr gilt es jedoch, die betreffenden Jugendlichen nicht pauschal – und buchstäblich – als „furchterregend“ zu stigmatisieren. Stattdessen muss der Abgleich mit anderen Erkenntnisquellen (der Kommune, der Polizei) als zwingende Voraussetzungen begriffen werden. Denn nur wenn klar ist, um wen bzw. welche Art von Gruppe es sich handelt (z.B. kriminell / nicht-kriminell), kann in einem nächsten Schritt über Maßnahmen nachgedacht werden.

Alles in allem offenbart die Betrachtung der Ergebnisse zu den jeweiligen Incivilities Anhaltspunkte, in welchen Bereichen Präventionsmaßnahmen entwickelt und implementiert werden sollten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die jeweilige Überprüfung *vor Ort* und der Abgleich mit den polizeilichen Hellfelddaten (!). Sofern sich die Einschätzung der Bevölkerung bestätigt, können in einem nächsten Schritt konkrete Überlegungen zu (hot-spot-spezifischen) Präventionsmaßnahmen angestellt werden.

Ebenfalls unter der Überschrift „Incivilities“ abgefragt – aber keinesfalls mit diesen gleichzusetzen – wurden die Items „Flüchtlinge“, „Migranten“ und „Parallelgesellschaften“. Der Grund, wieso diese Auswahlmöglichkeiten bei der Frage nach dem Problemempfinden in der eigenen Wohngegend neben solchen zu physischen Verwahrlosungs- und sozialen Unordnungserscheinungen Verwendung fanden, obwohl diese etwas ganz anderes messen, ist, dass die drei Items u.a. der Erfassung von Vorurteilen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen dienen. Es werden also

"[...] Vorurteile angesprochen und dabei eine Sprache gewählt, die Personen mit Vorurteilen auch sprechen. Für eine valide Messung ist es notwendig, dass den meisten Befragten das Ziel der Befragung, Vorurteile zu erfassen, nicht bekannt wird. Ein solches Vorgehen könnte zu Irritationen unter den Befragten führen."<sup>31</sup>

Deswegen wurden die Antwortmöglichkeiten „Migranten“ und „Flüchtlinge“ unkommentiert zwischen (negativen) Punkten abgefragt, mit denen sie aber nicht inhaltlich zu vergleichen oder gar gleichzusetzen sind. Gleichwohl kann den Befragten an dieser Stelle aber nicht pauschal ein „Hang zu Vorurteilen“ unterstellt werden. Insofern ist nicht auszuschließen, dass die Angaben wohlmöglich auch auf tatsächlich erlebten (Einzel-)Fällen beruhen. Auf Grundlage einer Faktorenanalyse wurden die drei Items „Migranten“,

---

<sup>31</sup> Hermann (2018), HAKUS 2017, S. 15 ff.

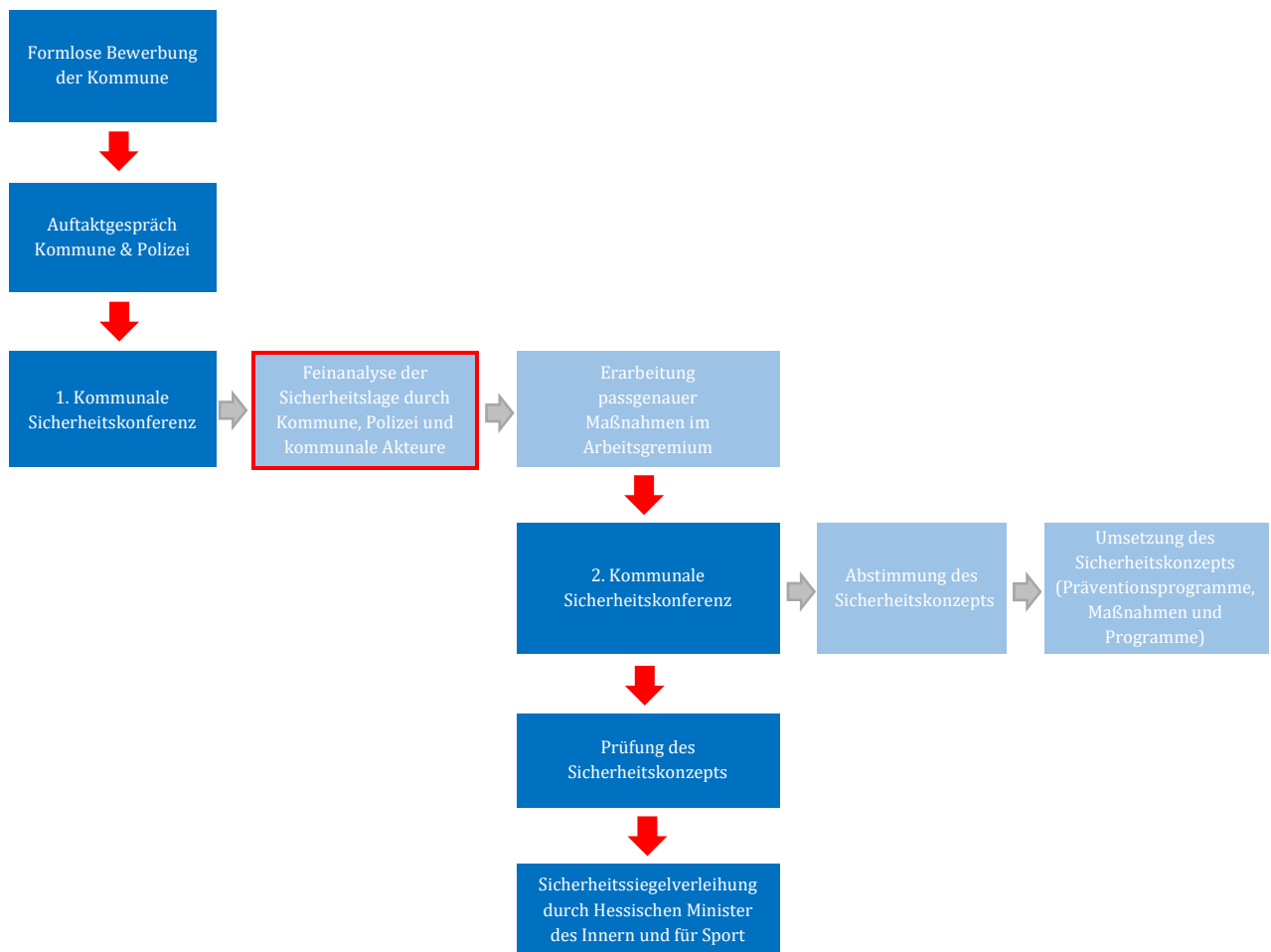
„Flüchtlinge“ und „Parallelgesellschaften“ in einem additiven Index (Cronbachs  $\alpha = 0.86$ ) zusammengefasst. In Flörsheim liegt dessen Wert bei 1,86 (Skala: 1–4). Da dieser Wert im Rahmen der vorliegenden Erhebung zum ersten Mal erhoben wurde, lässt sich sein Niveau mangels früherer oder späterer Vergleichswerte zunächst nicht beurteilen. Vielmehr sollte er als Anknüpfungspunkt für zukünftige Erhebungen verstanden werden. Das Ziel könnte sein, den Arbeitswert mittels geeigneter Maßnahmen (z.B. zum Abbau von Vorurteilen) entsprechend zu beeinflussen und dadurch das Sicherheitsgefühl zu stärken. Schließlich zeigt die Forschung, dass die Wahrnehmung von „Ausländern“, „Migranten“ und / oder „Flüchtlingen“ als „Problem“ in äußerst hohem Maße mit Kriminalitätsfurcht korreliert.<sup>32</sup> Dies wurde auch in der vorliegenden Untersuchung deutlich: Im Rahmen einer partiellen Korrelationsanalyse (kontrollierte Variablen: „Geschlecht“ und „Alter“) zeigt der Index hochsignifikante Zusammenhänge bei moderater Effektstärke auf allen Ebenen der Kriminalitätsfurcht (affektiv:  $r = 0,43$ ; kognitiv:  $r = 0,42$ ; konativ:  $r = 0,39$ ).

---

<sup>32</sup> Siehe auch *Hirtenlehner / Groß (2018)*, Sichtbare ethnische Vielfalt und Furcht vor Kriminalität, S. 530.

## 5. Ausblick auf das weitere Vorgehen im Rahmen von KOMPASS

Abschließend stellt sich nun natürlich die Frage, wie es auf Grundlage der Ergebnisse der Bürgerbefragung weitergeht bzw. welche Schritte als Nächstes vorzunehmen sind. Abbildung 19 zeigt die Prozessstruktur<sup>33</sup> der Initiative KOMPASS. Im Rahmen der sogenannten „Feinanalyse der Sicherheitslage“ soll gegenwärtig die örtliche Sicherheitslage im Zusammenwirken von Kommune, Polizei, Bürgern und sonstigen kommunalen Akteuren ermittelt werden. Die vorliegenden Ergebnisse stellen – neben der Hellfeldanalyse durch die Polizei und der Erhebung der örtlichen Problemlage aus kommunaler Sicht – *einen* zentralen Bestandteil der Feinanalyse dar. Auf Grundlage dieser Analyse sollen passgenaue Lösungsangebote im Bereich der Kriminalprävention entwickelt und umgesetzt werden.



**Abb. 19:** Aktueller Stand im Rahmen der Prozessstruktur des KOMPASS-Programmes (Auszug aus dem Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel)<sup>34</sup> / Eigene, angepasste Darstellung.

<sup>33</sup> Die Reihenfolge der einzelnen Schritte kann gegebenenfalls variieren.

<sup>34</sup> HMDIS (2017), Leitfaden, S. 10.



Es bietet sich an, dass zunächst bestimmte Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Befragung gewonnen wurden, durch zusätzliche Datenerhebungen von Polizei und/oder Kommune ergänzt werden.

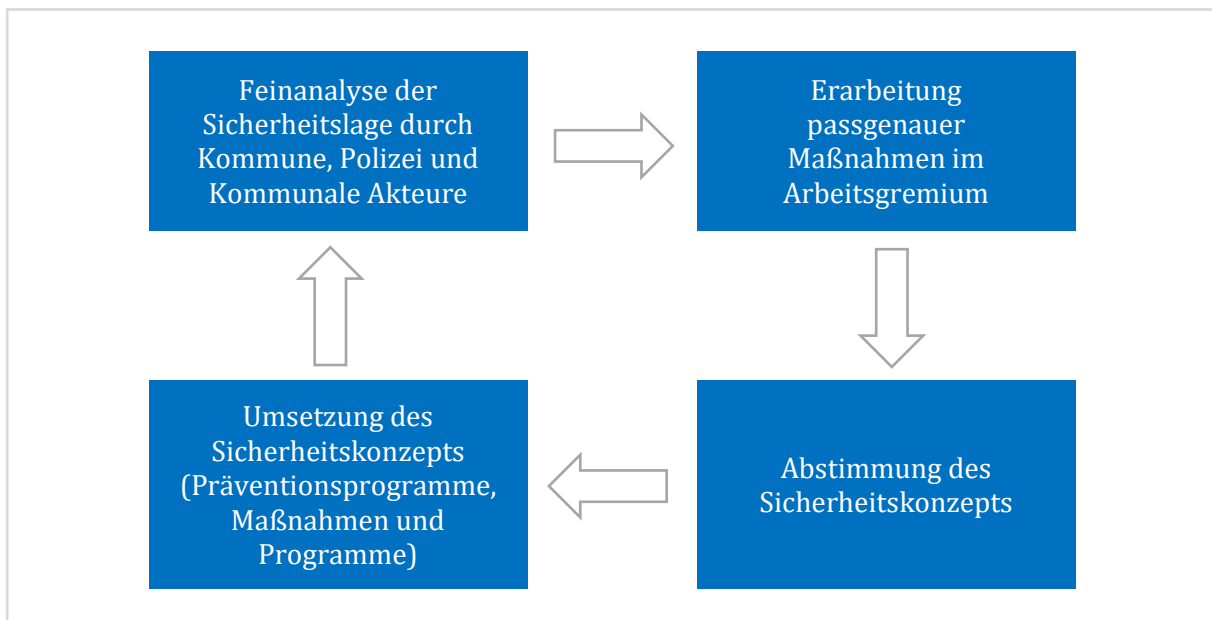
So können **beispielsweise...**

- Angstorte (und die in diesem Zusammenhang genannten Gründe für Unsicherheitsgefühle, siehe Kapitel 4.2.) unter Berücksichtigung der polizeilichen Daten sowie kommunaler und polizeilicher Erkenntnisse überprüft werden;
- die subjektiven Problemwahrnehmungen der Bürger im Hinblick auf fehlende Beleuchtung, physische Verfalls- und soziale Unordnungserscheinungen (siehe Kapitel 4.4.) mit Daten (sofern vorhanden) und Erkenntnissen der Kommune zu den jeweiligen Bereichen abgeglichen werden;
- Gespräche mit Betreibern bzw. Mitarbeitern des ÖPNV geführt werden, um in Erfahrung zu bringen, ob sich die von den Bürgerinnen und Bürgern geschilderten Erfahrungen mit den Wahrnehmungen der Betreiber/innen bzw. Mitarbeiter/innen decken oder ob aus ihrer Sicht ganz andere Problemlagen bestehen (sofern Vorfallsberichte vorliegen, können diese analysiert werden);
- die häufig genannten „Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher“ (bzw. junge Männer mit Problemverhalten) Anlass zu vertieften Analysen geben (mittels polizeilicher Daten und Erkenntnissen von Stadt, Ordnungsamt, Jugendamt, Staatsanwaltschaft, Justiz und anderen), um die problematischen Personengruppen näher eingrenzen zu können; daraus können sich konkrete Maßnahmen der Reaktion und Prävention auf unangemessene Verhaltensweisen ergeben.

Grundsätzlich gilt, dass die identifizierten Probleme überprüft und sachlich bewertet werden müssen. Darüber hinaus müssen die geschilderten Angstorte durch Polizei und Kommune im Rahmen von Begehungen unbedingt detailliert betrachtet werden.

In einem nächsten Schritt sollten die verschiedenen Daten (Hellfeldanalyse der Polizei; Erhebung der örtlichen Problemlage aus kommunaler Sicht und Ergebnisse der Bürgerbefragung<sup>35</sup>) zusammengeführt werden. Zur Ergänzung dieser Daten können überdies auch Problemwahrnehmungen anderer Akteure wie beispielsweise Kirchen, Schulen, Vereine, Industrie, Handel, Handwerk, Jugendämter oder Justiz einbezogen werden. Auf Grundlage dieser Daten führen die KOMPASS-Verantwortlichen in den Polizeipräsidien gemeinsam mit den Kommunen sodann eine Feinanalyse der Sicherheitslage durch. Aufbauend auf der Feinanalyse sollen in einem weiteren Schritt passgenaue Maßnahmen durch das Arbeitsgremium erarbeitet werden.

Präventionsmaßnahmen sollten jedoch nicht nur passgenau, also auf die spezifischen Problemlagen der jeweiligen Kommune zugeschnitten, sondern vor allem auch wirksam sein. Dies ist keine Selbstverständlichkeit: Die kriminologische Wirkungsforschung zeigt, dass Präventionsmaßnahmen oft unwirksam und im schlechtesten Fall gar schädlich (also Kriminalität fördernd) sind. Entscheidungen im Hinblick auf kriminalpräventive Bemühungen sollten daher evidenzbasiert, d.h. auf Grundlage empirischer Forschungsergebnisse getroffen werden. Wichtig ist, dass bei der Auswahl der Maßnahmen auf nachweislich wirksame oder zumindest erfolgversprechende Maßnahmen zurückgegriffen wird.



**Abb. 20:** Prozesskreislauf / Eigene, angepasste Darstellung.

<sup>35</sup> Inklusive der Daten und Erkenntnisse von Kommune und Polizei zu den in der Befragung genannten Problembereichen.

Schlussendlich muss daran erinnert werden, dass der Erfolg des Vorhabens ganz entscheidend von der Verstetigung der genannten Prozesse (siehe Abbildung 20) abhängt. Einmalig erfolgende Bemühungen sind wenig zielführend. Feinanalysen der Sicherheitslage sollten in zeitlich wiederkehrenden Abständen wiederholt werden. Die Sicherheitslage in einer Kommune ist nicht gleichbleibend; sie verändert sich ebenso wie die Probleme und Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Auch unterscheiden sich Kommunen im Hinblick auf bestehende Problemlagen. Jede Kommune weist spezifische Besonderheiten auf. Nur wenn die konkreten Problembereiche erkannt werden, kann diesen mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden. Bestimmte Maßnahmen können in einzelnen Kommunen zielführend sein, während sie in anderen Kommunen überflüssig sind und mithin unnötig Ressourcen verbrauchen. Kommunale Kriminalprävention muss daher als flexible, dynamische und vor allem dauerhafte Aufgabe verstanden werden. Gelingt dies, ist der bisher eingeschlagene Weg sehr erfolgversprechend.

## Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Inneren / / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): 1. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001.

Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Berlin 2006.

*Dünkel, Frieder / Schmidt, Katrin*: „Evidenzorientierte Kriminalprävention im Bereich der Stadtplanung – Zur Anwendung kriminalpräventiver Erkenntnisse in der städtebaulichen Praxis“, in: Walsh, Maria / Pniewski, Benjamin / Kober, Marcus / Armbrorst, Andreas (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland, Wiesbaden 2018, S. 743-757.

*Döring, Uta*: Angstzonen, Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden 2008.

*Erb, Dominik / Bannenberg, Britta / Herden, Frederik / Pfeiffer, Tim*: „Städtebauliche Kriminalprävention auf Evidenzbasis. Vorläufige Erfahrungen mit Kommunen im Rahmen der hessischen Sicherheitsinitiative KOMPASS“, in: forum kriminalprävention 01/2020, S. 21-24.

*Feltes, Thomas*: Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von aktuellem Täterwissen, Bonn 2004.

*Frevel, Bernhard*: „Kriminalität und lokale Sicherheit“, in: Eckhardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden 2012, S. 593-611.

*Hermann, Dieter*: Das Heidelberger Audit-Konzept für urbane Sicherheit: HAKUS 2017, Heidelberg 2018.

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.): Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel, Wiesbaden 2017, URL: [https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/kompass-leitfaden\\_neu.pdf](https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/kompass-leitfaden_neu.pdf) (zuletzt abgerufen am 07.04.2020).

*Kreuzer, Arthur:* „Selbstbewaffnung. Beitrag zur Prävention oder Stimulation von Gewaltkriminalität?“, in: *Kriminalistik* 10/2017, S. 584-589.

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen, Forschungsbericht Nr. 4/2006 der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle, Düsseldorf, 2006 (a). Verfügbar unter: <https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Kriminalitaetsfurcht%20%28lang%29.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.04.2020).

*Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2006):* Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2006 (b).

*Leonhart, Rainer:* Lehrbuch Statistik, Einstieg und Vertiefung, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bern 2017.

*Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke:* Methoden der empirischen Sozialforschung, 11., überarbeitete Auflage, Berlin / Boston 2018.

*Schwind, Hans-Dieter / Ahlborn, Wilfried / Weiß, Rüdiger / Bundeskriminalamt (Hrsg.):* Empirische Kriminalgeographie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum („Kriminalitätsatlas Bochum“). Wiesbaden 1978.

*Schwind, Hans-Dieter:* Kriminologie und Kriminalpolitik, Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 23. Auflage, Heidelberg, 2016.



**Justus-Liebig-Universität Gießen**

Professur für Kriminologie  
Licher Straße 64  
35394 Gießen

[www.uni-giessen.de](http://www.uni-giessen.de)